

Dr. Rudolf Haase

Stellungnahme vor der Arbeitsgruppe zur Überprüfung der Mitglieder des Kreistages auf eine Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR – 17.05.2011

1. Ich war aus politischer Überzeugung inoffizieller Mitarbeiter des MfS. Ich habe von 1964 bis 1984 als „IM im besonderen Einsatz“ für das MfS gearbeitet. Bis 1987 wurde ich als „IM Sicherheit“ geführt.

Mir war zu diesem Zeitpunkt nicht die verhängnisvolle Rolle der Staatssicherheit bewusst. Die DDR war für mich emotionale und politische Heimat und stellte die einzige Alternative zum kapitalistischen Deutschland dar. Bedrückend war für mich, dass in der alten BRD wieder Nazis in Amt und Würden tätig waren.

Von meiner Mutter wurde ich humanistisch, antifaschistisch und pazifistisch erzogen und ich verabscheute Krieg und Soldaten. Frieden und konsequenten Antifaschismus verband ich mit der DDR. Mein DDR-Bild war unerschütterlich. Als ich 16 Jahre alt war, wurde ich Mitglied in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.“

2. Seit Anfang 1990 gehe ich mit dieser Tatsache offen um. Auf der Nominierungsveranstaltung der PDS zur Wahl der Kandidaten für die erste frei gewählte Stadtverordnetenversammlung Luckenwalde informierte ich über meine inoffizielle Mitarbeit für das MfS. In Wählergesprächen habe ich berufliche Kontakte eingeräumt.

Nach der Wahl in die Stadtverordnetenversammlung sprach ich mich (wie auch meine Fraktion) für die Überprüfung der Abgeordneten auf eine Mitarbeit mit dem MfS aus und beantwortete die Frage im Fragebogen auf eine inoffizielle Mitarbeit mit dem MfS mit Ja. Der Arbeitsgruppe zur Überprüfung der Abgeordneten wurde meine Akte übersandt, die meine Mitarbeit von 1964 bis 1987 bestätigte.

Da diese Tätigkeit für das MfS aber einer breiten Öffentlichkeit vor der Wahl nicht bekannt war und ich davon ausgehen musste, dass bei Wählerinnen und Wähler in Kenntnis auch dieses Teils meiner Biografie ihr Wahlverhalten ein anderes gewesen wäre, legte ich mein Abgeordnetenmandat nieder.

Die Märkische Allgemeine Zeitung informierte auf der Kreisseite darüber.

Seit diesem Zeitpunkt habe ich bei jeder Kandidatur für ein Mandat oder eine Funktion in meiner Partei auf diesen Teil meiner Biografie nicht nur offen sondern auch öffentlich hingewiesen. Ich wurde zu allen folgenden Wahlen in die Stadtverordnetenversammlung Luckenwalde und 1999 in den Kreistag Teltow-Fläming gewählt.

3. Ich habe mich mit meiner politischen Biografie und dem damit verbundenen persönlichen Versagen, was ich zu meiner IM-Zeit als ein solches nie so empfunden habe, intensiv auseinandergesetzt. Dazu gehörte, dass ich selbstständig auf Leidtragende der Repressionspolitik des MfS und der SED zugegangen bin und auch um Entschuldigung für mein Handeln bat. Durch die Einsichtnahme in meine Akte im Zusammenhang mit der Überprüfung der Abgeordneten in der 1. Stadtverordnetenversammlung nach der Wende, konnte ich Situationen

nachvollziehen. Ich habe Menschen ausfindig gemacht, mit denen ich zu meiner Tätigkeit für das MfS ins Gespräch kommen wollte, da sie von dieser Tätigkeit direkt betroffen waren. Zwei lehnten kategorisch ab und untersagten mir jegliche weitere Kontaktaufnahme. Zwei meinten, dass ihnen eine telefonische Kontaktaufnahme und die Information zu meiner Tätigkeit ausreichend seien. Einer reagierte nicht. Ich erfuhr erst später, dass er noch zu DDR-Zeiten verstorben ist. Mit einem kam es nach einem langen Telefongespräch zur Vereinbarung, dass wir uns persönlich zum Gespräch treffen. Leider konnten wir das begonnene Gespräch nicht weiter führen, da er an einer unheilbaren Krankheit verstarb.

Bei den regelmäßigen Absolvententreffen an der Arbeiter- und Bauernfakultät in Halle traf ich spätere Arbeitskollegen wieder und es gab Gespräche mit Betroffenen, die ich vorher schon telefonisch kontaktierte. Diese Kontaktaufnahmen und Gespräche bestärkten mich in meinem Tun, meine Tätigkeit für das MfS und mögliche Folgen für Betroffene zu keiner Zeit zu relativieren und das auch künftig nicht zu tun. Das Ausmaß des Vertrauensbruchs wurde mir in diesen Situationen sehr deutlich.

Ich teile hier vollumfänglich die kritische Auseinandersetzung meiner Fraktion und meiner Partei – DIE LINKE – „mit der Verantwortung der SED für das Scheitern des real gewesenen Sozialismus und die grundlegende Erkenntnis, dass die DDR an ihren diktatorischen Strukturen, an fehlenden demokratischen und Bürgerrechten gescheitert ist. Und ich teile auch die Erkenntnis, dass wir solche Verhältnisse nicht wieder haben wollen.“

Von Betroffenen meiner informellen Tätigkeit für das MfS erfolgte nach der Wende zu mir keine Kontaktaufnahme oder ein Begehren für eine Aussage vor Gericht oder im Rahmen eines Rehabilitierungsverfahrens.

4. Zu den in der Anlage 1 Blatt 2 der Behörde aufgeführten „ausgezählten Beträge und geleisteten Sachwerte“ als Mitarbeiter im besonderen Einsatz von 1968 bis 1984 erkläre ich, dass ich keine Vergütung erhalten habe. Die aufgelisteten Zahlungen waren Aufwandsersatz für Hotelkosten, Fahrkosten, Bekleidung und ähnliches.

5. Die schwierigste Aufgabe, zur Auseinandersetzung mit diesem Teil meiner Biografie, betraf die eigene Familie. Sie werden sich fragen warum, da ist doch alles klar. Mitnichten. Ich wurde Inoffizieller Mitarbeiter zu einer Zeit, als ich mit einer Frau verlobt war, die ein Kind von mir bekommen hatte und im Ruhrgebiet wohnte.

Über die ganze Zeit unseres Zusammenseins wusste sie nichts von meiner Tätigkeit für das MfS und hätte das auch nicht akzeptiert, wie sie mir später sagte. Es waren zu diesem Zeitpunkt zwei unterschiedliche Gesellschaftssysteme, erst wurde die Bundesrepublik Deutschland gegründet und dann 1949 der Arbeiter- und Bauernstaat DDR. Zu Beginn dachte ich daran, durch dieses „besondere Engagement“ für meinen Staat – für das MfS – Möglichkeiten zu erwirken, um meine kleine Familie zusammenzuführen. Ich merkte aber auch bald, dass die Welten, in denen wir lebten, doch sehr unterschiedlich waren. Ihr Interesse zu mir in die DDR zu kommen verblasste und auch ich sah für mich keinen Lebensgrund in der BRD.

Im Gegenteil. Vor allem die unzureichende Aufarbeitung des Nationalsozialismus in der BRD, wo Führungskräfte der Nazis wieder in Amt und Würden tätig waren, machte für mich eine Übersiedlung in diesen Staat unmöglich und bestärkte mich in meinem Wirken für die DDR, für die SED und das MfS. Hinzu kam, dass das MfS selbst kein Interesse mehr hatte an einem Auslandsaufenthalt von mir. Das sagten sie mir auch, da ich für sie als Geophysiker wichtiger geworden war. Auf diesem Gebiet gab es seitens der BRD großes Interesse Informationen über die DDR zu erhalten. Die Kenntnisse über geophysikalische Potentialfelder wie Gravimetrie, Magnetismus, Radioaktivität waren militärische Geheimnisse und Gegenstand ausländischen Interesses.

Aber zurück zu der Frage, warum es für mich viel schwieriger war – die Auseinandersetzung mit dem Teil meiner Biografie zu führen, der die Familie betraf.

Unmittelbar nach der Wende, Anfang 1992 stand meine Tochter vor der Tür. Wir waren uns gleich sehr nah und doch fremd. Nah, weil wir um unser Vater-Tochter-Verhältnis wussten. Fremd, weil wir 25 Jahre keinen Kontakt zu- und miteinander hatten. Die vielen Fragen meiner Tochter konnte ich damals nicht alle beantworten. Viel zu laut und deutschlandweit waren die Forderungen „Stasi raus“ und „Stasi in die Produktion“. Und wie sollte Jemand aus der BRD – meine Tochter – das einordnen? Die ersten Gespräche endeten ohne meine Offenlegung zu meiner Tätigkeit für das MfS. Ich wollte ihr ein guter Vater sein und schämte mich für mein Tun.

Von diesem Tag an wollte ich unbedingt das Gespräch mit der Mutter. Ich bemühte mich sehr und Ende 1992 stimmte sie zu. Bei meinem Besuch im Ruhrgebiet erzählte ich ihr alles, auch über meine Tätigkeit für das MfS. Sie ging und sagte, dass sie sich melden würde. Nur über unsere Tochter war ich mit ihr im Kontakt. 2006 informierte sie mich, dass sie ihre Akte beantragen will. Ende 2007 verabredete sie ein Treffen im neuen Jahr. Sie brachte die Akte mit und es war ein sehr langes Gespräch. Sie stellte mir ihre Akte für meine eigene Auseinandersetzung mit diesem Thema zur Verfügung. Ich bin ihr sehr dankbar – auch, dass sie mir die Möglichkeit gab, ausführlich über die damalige Zeit und mein Tun zu reden. Meine Entschuldigung nahm sie an.

6. Ich habe meine Tätigkeit für das MfS und mögliche Folgen für Betroffene zu keiner Zeit relativiert und habe das künftig auch nicht vor. Mein Umgang mit diesem Fakt war von persönlichen Lernprozessen in Folge der friedlichen und demokratischen Wende in der DDR im Herbst 1989 gekennzeichnet. Damit wurde auch mir die Chance eröffnet, mich mit dieser Tätigkeit für das MfS kritisch auseinanderzusetzen.

In der Partei DIE LINKE kann man offen über seine Vergangenheit reden. Man muss es sogar entsprechend der Beschlusslage der Partei, wenn man Ämter und Mandate anstrebt. Ich frage mich manchmal wie die vielen Menschen in den anderen Parteien mit ihrer – einer solchen Biografie – zurechtkommen. Sie haben nicht die Chance über Irrtümer und neue Einsichten zu reden. Aber ist ein solcher Weg der geschichtlichen Aufarbeitung dienlicher? Ich bezweifle das.

7. Die Einheit Deutschlands und die Beendigung des Kalten Krieges habe ich begrüßt, auch, weil ich mit dem westdeutschen Teil meiner Familie wieder zusammen sein konnte. Die Rede des damaligen Bundespräsidenten von Weizsäcker, dass die Menschen im vereinten Deutschland nicht mehr die alte BRD und die ehemalige DDR leben, war Motiv, mich in die Gesellschaft einzubringen. Ich engagierte mich in der Kommunalpolitik, in Vereinen und Verbänden. Ich habe mit großem Ernst an der neuen gesellschaftlichen Entwicklung mitgetan. Insbesondere lagen mir die sozialen Problemlagen der Menschen am Herzen – in meiner Heimatstadt Luckenwalde aber auch im Landkreis.

Mittlerweile sind seit der Wende fast genauso viele Jahre verstrichen wie ich für das MfS tätig war. Ich hoffe, dass die Zeit nach der Wende in die Bewertung einbezogen wird. So wie es ein Landtagsbeschluss „Mit menschlichen Maß“ über alle Parteigrenzen hinweg 1994 feststellt, unmittelbar nach Beendigung des Stasi-Untersuchungsausschusses zum damaligen Ministerpräsidenten Stolpe.